

onssektor wird ebenfalls vorangetrieben. Im Internet-Sektor drängt derzeit der US-Medienriese AOL auf den chinesischen Markt. AOL hat im Juni d.J. zusammen mit dem größten chinesischen Computerhersteller, dem Unternehmen Legend, ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet. Das Joint Venture mit einem Investitionsvolumen von rd. 100 Mio. US\$ soll Online-Dienste in China entwickeln. Damit würde ein neuer Konkurrent auf dem stark wettbewerbsgeprägten Internet-Portal-Markt auftauchen, auf dem die Portale Sina, Sohu und Net-ease dominieren. Aufgrund der strikten staatlichen Kontrolle über diese Branche wird Legend eine Mehrheitsbeteiligung aufweisen müssen.

Marktanalysten gehen davon aus, dass der Zusammenschluss von AOL und Legend zu einem Gemeinschaftsunternehmen für Online-Dienste der Auslöser für die bereits seit längerer Zeit erwartete Konsolidierung und Umstrukturierung der Branche sein könnte. So kämpfen die Unternehmen in diesem Bereich mit Verlusten und haben viel Personal entlassen müssen. Sina.com beispielsweise kündigte Anfang Juni d.J. eine Reduzierung ihres Personals um 15% an; auch andere Internet-Unternehmen folgten diesem Beispiel. Unsicherheiten über die bevorstehende Konsolidierung verhinderten auch, dass der Hongkonger Pay-TV-Anbieter I-Cable das festlandchinesische Portal Netease aufkaufte. (FT, 5.6.01; HB, 13.6.01; AWSJ, 21.6.01) -schü-

Park. An der Demonstration beteiligten sich in diesem Jahr rund 48.000 Personen und damit rund 3.000 Personen mehr als im letzten Jahr.

Die hohe Zahl der Teilnehmer wurde als Reaktion auf die jüngste Veröffentlichung einer Meinungsumfrage gewertet, die eine wachsende Apathie der Hongkonger Bevölkerung gegenüber der Demokratiebewegung und dem Gedenken an die Protestbewegung des Jahres 1989 zum Ausdruck gebracht hatte. Nach den Ergebnissen der von der Hong Kong University durchgeführten Umfrage sei der Anteil derer, die für eine offizielle Neubewertung der in China bislang als „konterrevolutionärer Aufruhr“ bezeichneten Protestbewegung eintreten, von 47% im vergangenen Jahr auf 40% in diesem Jahr gesunken. Der Anteil derer, die die Ziele der Alliance in Support of the Patriotic Democratic Movements unterstützen, sei ebenfalls von 50% auf 46% gesunken.

Nach Meinung von Szeto Wah, des prominenten demokratischen Aktivisten und Vorsitzenden der Allianz, lösten die Umfrageergebnisse eine Gegenreaktion unter der Bevölkerung aus, indem sie für viele einen Appell darstellten, die Ereignisse vom Juni 1989 nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. In Zukunft gelte es vor allem, die Jugendlichen für die historische Bedeutung dieser Ereignisse sensibel zu machen und die „Fackel der Demokratie“ an die nachfolgende Generation weiterzugeben. Die Allianz plane daher, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die durch regelmäßige Veranstaltungen in Schulen und durch spezielle Angebote im Internet dazu beitragen solle, das demokratische Bewusstsein unter Jugendlichen in Hongkong zu erhöhen.

Zu der großen Teilnehmerzahl dürfte auch das Erscheinen des Buches *Die Tiananmen-Akte* beigetragen haben, das die Erinnerung an die Ereignisse 1989 in Beijing erneut wachgerufen hat. War die Publikation in englischer und anderen westlichen Sprachen bereits im Januar 2001 auf den Markt gekommen (vgl. C.a., 2001/1, Ü 11), so erschien die längere zweibändige chinesischsprachige Ausgabe (chin. Titel: *Zhongguo 'liu si' zhenxiang*, engl. *June Fourth: The True Story*) erst im April. Die Debatte um die Authentizität der angeblich geheimen Dokumen-

te, die in der Publikation unter anderem enthalten sind und mittels derer der Entscheidungsprozess der politischen Führungsspitze im Frühjahr 1989 im Detail nachgezeichnet wird, ist seither nicht abgerissen.

Gerade in Hongkong sind zuletzt wichtige Argumente für und wider die Echtheit der Dokumente und die Glaubwürdigkeit ihres Kompilators mit dem Pseudonym Zhang Liang diskutiert worden, der nach eigenen Angaben mit der Veröffentlichung des Buches eine offizielle Neubewertung der Ereignisse anstrebt. In der VR China selbst wird eine entsprechende Debatte durch die parteistaatliche Führung unterbunden, die die Verbreitung der Publikation bisher weitgehend erfolgreich verhindert hat und bisher an der langjährigen Position festhält, dass die gewaltsame Niederschlagung der Protestbewegung im Jahr 1989 korrekt und notwendig gewesen sei, um die politische und gesellschaftliche Stabilität und damit die Voraussetzung für weitere wirtschaftliche Reformen zu gewährleisten.

Zur gleichen Zeit fand in Hongkong die 54. Jahrestagung der World Association of Newspapers statt. Der Präsident der internationalen Vereinigung, Roger Parkinson, ergriff die Gelegenheit, um Kritik an der chinesischen Führung zu üben, die die Pressefreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung und andere grundlegende demokratische Freiheiten nach wie vor massiv einschränke. Mahnend zitierte er unter anderem den früheren Außenminister der Sowjetunion und heutigen Präsidenten Georgiens, Eduard Shevardnadze, mit den Worten: „I firmly believe the moral and political failure of the communist system was largely due to the suppression of this natural right [freedom of speech], for it is no overstatement to say free access to information is crucial to human happiness and development ... Suppression of free thought inevitably results in an accumulation of colossal amounts of negative energy that will smash every wall erected by a totalitarian system or a dictatorship.“

Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa, der zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt im Jahr 1997 an einem 4. Juni offiziell auftrat, fühlte sich daraufhin in Abweichung von sei-

SVR Hongkong

34 Demonstration zum Jahrestag des 4. Juni 1989

Zum Gedenken an die gewaltsame Niederschlagung der Protestbewegung in Beijing im Frühjahr 1989 fand am Abend des 4. Juni eine groß angelegte Demonstration statt. Wie in den Vorjahren organisierte die Hong Kong Alliance in Support of the Patriotic Democratic Movements of China eine Kundgebung mit abendlicher Kerzenwache in dem im östlichen Teil von Hong Kong Island gelegenen Victoria

nem ursprünglichen Redetext berufen, die Beijinger Führung zu verteidigen. Er forderte die versammelten Medienvertreter auf, selbst nach China zu reisen und sich vor Ort im Gespräch mit den Bürgern einen Eindruck des hohen Grades an Meinungs- und Pressefreiheit zu verschaffen. Auch empfahl er die gegenwärtige Führung der VR China als „one of the most enlightened and progressive in our history. All the foreign and international leaders who have met them are nothing but impressed.“ Die betont patriotische Stellungnahme Tung Chee-hwas trug ihm wiederum heftige Kritik des demokratischen Lagers ein, das eine solche vorauseilende Inschutznahme der chinesischen Führung für fehl am Platze hielt.

Der 4. Juni 1989 nimmt in der politischen Identität der Sonderverwaltungsregion Hongkong einen besonderen Stellenwert ein. Die Protestbewegung und die darauf folgende gewaltsame Niederschlagung fielen in die Endphase der Ausarbeitung des *Basic Law*, des Hongkonger Grundgesetzes, das im April 1990 verabschiedet wurde. In der Sorge um die Autonomie Hongkongs waren damals letzte Änderungen in dem Verfassungstext vorgenommen worden, die bis heute immer wieder Gegenstand heftiger politischer Debatten sind. Die Ereignisse des Jahres 1989 stellen so gewissermaßen einen „negativen Gründungsmythos“ der SVR Hongkong dar. (Hong Kong iMail, 2.6.01, nach BBC PF, 2.6.01; SCMP, 4., 5., 11., 14.6.01) -hol-

35 Zusätzliche Studienplätze

Ein wichtiges Ziel der gegenwärtigen Reform des Bildungssystems in Hongkong ist die Ausweitung der tertiären Bildung. Wie Tung Chee-hwa in seiner Regierungserklärung vom Oktober 2000 ankündigte, sollen einmal 60% aller 18- bis 20-Jährigen Zugang zu tertiärer Bildung haben. Ein Weg dorthin ist die von der Hongkonger Regierung beschlossene Gründung sog. „Community Colleges“. Dabei handelt es sich um Hochschulen, die weniger anspruchsvoll sind als die Universitäten und hauptsächlich berufliche Qualifikation bieten sollen. Zusätzlich plant die Regierung jetzt außerordentliche Studiengänge, sog. „As-

sociate-Degree“-Programme. Die Absolventen eines solchen Studiengangs können entweder direkt in einen Beruf gehen oder – da sie mit einem solchen Studiengang die Hochschulreife erwerben – sich um einen Studienplatz an einer regulären Hochschule bewerben. Mit diesen außerordentlichen Studiengängen wird also der Hochschulzugang erweitert.

Der Studiengang für einen „associate degree“ dauert für Abgänger der 5. Mittelschulklasse drei, für Abgänger der siebenten Mittelschulklasse zwei Jahre. Insgesamt sollen laut Plan bis zum Jahr 2010 im Rahmen dieses Programms 30.600 Studienplätze verfügbar sein. Die Regierung rechtfertigt das Programm damit, dass im angebrochenen Jahrzehnt ein großer Bedarf an gut ausgebildeten jungen Menschen herrsche. Da die Kapazität der Universitäten nicht ausreicht, sollen die „Associate-Degree“-Programme die Lücke füllen. Zugleich kommt heftige Kritik aus Fachkreisen. Moniert wird vor allem, dass die „associate degrees“ keine anerkannten Diplome seien und dass es keine einheitlichen Standards für sie gebe. Die meisten Studenten würden ohnehin ein reguläres Hochschulstudium anstreben und die „Associate-Degree“-Programme nur zur Erlangung der Hochschulreife nutzen. Deshalb hätte man lieber die Bachelor-Studiengänge ausbauen sollen. Der Erfolg des Programms, so heißt es, hänge von einer strengen Qualitätssicherung ab. (Vgl. SCMP, 1., 4. u. 11.6.01) -st-

36 Sprachprüfungen für Lehrer

Um die Qualität des Sprachunterrichts zu verbessern, hatte die Regierung verfügt, dass alle Lehrer, die die Fächer Englisch und chinesische Hochsprache (*putonghua*) lehren, sich einer schriftlichen und mündlichen Sprachprüfung unterziehen müssen. Das Prüfungsergebnis soll über die Einstufung der Lehrer entscheiden. Die Prüfung ist heftig umstritten und wird vor allem von der Lehrgewerkschaft abgelehnt (vgl. C.a., 2001/2, Ü 41). Im Juni wurden die Ergebnisse der ersten Prüfung bekannt. Insgesamt soll sich nur ein Prozent der fest angestellten Englischlehrer der Prüfung gestellt haben. Wer entsprechende Qualifikatio-

nen vorweisen kann, konnte einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sollen 2.080 Lehrer getan haben, 1.560 Anträge wurden bewilligt. Neben der geringen Teilnahme sorgt das schlechte Abschneiden der Prüflinge für Aufregung. Nur ein Drittel der Prüfungsteilnehmer hat die schriftliche Prüfung und nur die Hälfte hat die mündliche Prüfung bestanden. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Mehrzahl der Prüflinge sich noch in der Lehrerausbildung befand. Von den 413 Teilnehmern waren nur 141 fest angestellte Lehrer. Der Misserfolg der Prüfung hat die Diskussion erneut angefacht. Angeblich soll die Regierung jetzt überlegen, die Prüfungen fallen zu lassen. Würden sie beibehalten, so müssten alle Sprachlehrer bis zum Jahr 2005 entweder die Prüfung ablegen oder Fortbildungskurse besuchen oder um Befreiung ersuchen. (Vgl. SCMP, 1., 4., 9., 12., 19.6.01) -st-

37 Hongkongs Unternehmen sehen wenig Anreize für Investitionen in Westchina

Seit Beginn ihrer Kampagne zur Entwicklung Westchinas hat die Zentralregierung in Beijing große Anstrengungen gemacht, Hongkonger Unternehmen für Projekte in dieser Region zu begeistern. Auch der Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa hatte Mitte Oktober 2000 in seiner Regierungserklärung angekündigt, das Zusammenwachsen mit dem Festland über gemeinsame Infrastrukturprojekte in der Perlfuss-Deltaregion und bei der Erschließung Westchinas zu fördern. Trotz dieser Deklarationen auf der Regierungsebene scheint das wirtschaftliche Engagement Hongkonger Unternehmen in Westchina noch relativ verhalten zu sein.

Ende Mai d.J. war eine Hongkonger „Go-West“-Delegation mit 129 Teilnehmern unter Leitung des neuen *Chief Secretary for Administration*, Donald Tsang Yam-kuen, nach Beijing und Xi'an eingeladen worden. Der chinesische Ministerpräsident, der die Delegation in der Hauptstadt empfing, rief die Hongkonger Unternehmer dazu auf, eine größere Rolle bei der Entwicklung Westchinas zu spielen. Zhu Rongji gab einen Überblick über die Entwicklung dieser Region

und beantwortete Fragen der Delegationsmitglieder.

Zhu Rongji versprach den Hongkonger Unternehmen, die in Westchina investieren würden, dass sie bald zu den 10 reichsten Personen in der Sonderverwaltungsregion gehören würden. Der Ministerpräsident strich die Anstrengungen der Zentralregierung heraus, die Infrastruktur in Westchina zu verbessern. (BBC PF, 24., 25.5.01)

Ob allerdings der Hinweis auf den Ausbau der Infrastruktur schon ausreicht, um die Hongkonger Tycoons zu begeistern, wird in einem Kommentar der *South China Morning Post* stark angezweifelt. Wie viele Beispiele zentraler Planung gezeigt hätten, gebe es zwar unzählige Möglichkeiten, doch die Unsicherheit sei ebenfalls sehr groß und aus historischen Erfahrungen gesehen, wären die Chancen für einen Erfolg eher gering. Der Ausgangspunkt für großangelegte Pläne, wie der Entwicklung Westchinas, müsse eine gesunde Skepsis sein. Seit 1949 habe die Beijinger Regierung versucht, ihrer Bevölkerung Westchina näher zu bringen – durch einen Transfer von der Küstenregion ins Landesinnere. Beispiele seien die Sinisierung von Tibet, der Aufbau der „dritten Linie“ als Verteidigungsprojekt in den 60er Jahren und die Verschickung Jugendlicher aufs Land während der Kulturrevolution. Trotz all dieser Anstrengungen gebe es starke Migrationswellen in die Ostregion Chinas.

Keiner der Hongkonger Tycoons, die nun aufgerufen würden, Investitionen im nationalen Interesse zu unternehmen, habe Gewinne und Erfahrungen in der Erschließung von Rohstoffressourcen gemacht. Hongkongs Reichtum stamme aus Handel und der verarbeitenden Industrie. In den letzten Jahren hätten zwar einige Unternehmer versucht, sich im Infrastrukturbereich zu engagieren, allerdings mit relativ geringem Erfolg wie beispielsweise die Cheung Kong Infrastructure bei Straßen- und Brückenprojekten auf dem Festland oder die Wharf Holdings mit ihrem Projekt zur Entwicklung der Stadt Wuhan. Selbst das singapurianische Projekt zur Entwicklung des Suzhou Industrieparks sei am bürokratischen Widerstand und an lokalen Eigeninteressen gescheitert. (SCMP, 24.5.01)

Die Anfang Juni von ihrer 10-tägigen Reise zurückgekehrte „Go-West“-Delegation hatte in ihrem Reisegepäck denn nur relativ wenige Investitionsprojekte, deren Umfang sich auf lediglich 30 Mio. US\$ belief. Zu den Projekten zählten Zusagen über den Bau von Hotels in Tibet, Betonfabriken in der Provinz Guizhou und ein Projekt zur Herstellung traditioneller chinesischer Medizin in Ningxia. Die Vorstandsvorsitzende der ChinaChem Gruppe sagte Investitionen in einer Reihe von kleineren Projekten zu, u.a. in Weinbergen in der Provinz Xinjiang. Die in Hongkong beheimatete Fluggesellschaft Dragonair hat während der Reise ein Abkommen mit der Fluggesellschaft Xinjiang über neue Flugverbindungen zwischen Hongkong und Xinjiang abgeschlossen.

Insgesamt werden das Volumen und die Art der Projekte als relativ unbedeutend eingeschätzt. Viele der Abschlüsse wären lediglich symbolischer Natur oder basierten nur auf wage formulierten Kooperationszusagen. (IHT, 7.6.01) -schü-

SVR Macau

38 Regierungschef Edmund Ho besucht das EU-Hauptquartier und Belgien

Macaus Regierungschef Edmund Ho Hau Wah (He Houhua) stattete vom 18. bis 22. Juni 2001 dem EU-Hauptquartier in Brüssel und Belgien, das ab Juli den Vorsitz in der EU führt, einen Besuch ab. Dies war der vierte Auslandsbesuch nach seinem Amtsantritt. Zuvor war er nach Portugal und Frankreich, nach Singapur und nach Japan gereist. Zu seiner 13-köpfigen Delegation gehörten u.a. die Präsidentin der Legislativversammlung Susana Chou (Cao Qizhen) und die Sekretärin für Verwaltung und Justiz, Florinda da Rosa Silva Chan (Chen Limin). Edmund Ho traf u.a. mit EU-Präsident Romano Prodi, den EU-Kommissaren für Außenbeziehungen, Christopher Patten, und für Justiz und innere Angelegenheiten, Antonio Vitorino, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Colon Naval, und

dem Leiter des EU-Büros in Hongkong, David Ting, zusammen. Ferner machte er dem belgischen Kronprinzen Prinz Philippe und der stellvertretenden Außenministerin Annemie Neyts-Uyttebroeck seine Aufwartung. Auf Edmund Hos Besichtigungsprogramm standen Macaus Wirtschafts- und Handelsbüro in Brüssel (Leiter ist Raimundo Rosário), das Institut für europäische Studien und zwei Technikunternehmen: die Tractebel Group, die Dienstleistungen für Macaus Elektrizitätsgesellschaft CEM und für CSR, ein Franchiseunternehmen für die Behandlung chemischer Rückstände in Macau, erbringt, und die Seghers Technology Group sowie eine von ihr betriebene Abwasseraufbereitungsanlage. Macau hat laut EU-Bericht ein Wasseraufbereitungssystem, das als eines der besten in Asien gilt.

Das einzige etwas konkretere Ergebnis von Edmund Hos Brüssel-Besuch scheint der Plan zu sein, Macau zu einem Zentrum für Europastudien in Asien zu entwickeln. Prodi sicherte die Bereitschaft der EU zu, mit Macau auf dem Gebiet der europäischen Studien zu kooperieren. Macau werde oberste Priorität genießen, wenn es um die Errichtung entsprechender Institutionen gehe. Ho versprach die volle Unterstützung seiner Regierung bei diesem Vorhaben. Wenn die akademische Zusammenarbeit mit der EU gestärkt würde, würde Macaus Rolle als Brücke zwischen Europa und Asien gefestigt. Macau hat bereits Mitte der 90er Jahre ein Institut für europäische Studien und ein Euro-Informationszentrum errichtet. Christopher Patten lobte Macaus reibungslose Verwaltung seit der Rückgabe. Er erwarte, dass der EU-Report dieses Jahres die Erfolge der Regierung Macaus anerkennen werde, wie auch der EU-Bericht des letzten Jahres die Situation in Macau sowie die Arbeit der Regierung positiv bewertet habe. Er selbst reise des Öfteren nach Macau, das sicher ein attraktives Ziel für europäische Touristen werde. Bis dahin ist es allerdings noch ein langer Weg, kamen doch letztes Jahr nur 121.000 Touristen – 1,3% aller Besucher – aus Europa nach Macau. In Hongkong machten die über 1 Million Besucher aus Europa immerhin 8,2% aller Touristen aus.